

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 98 (2023)
Heft: 7: Bad/Management

Artikel: Parteien zur Wohnfrage
Autor: Papazoglou, Liza
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parteien zur Wohnfrage

Welche Rezepte haben Schweizer Parteien gegen die Wohnungsnot? Wie stehen sie zu Wohnbaugenossenschaften und ihrer Förderung? Die sechs wählerstärksten Parteien beziehen Stellung – eine Orientierung vor den Wahlen vom 22. Oktober.*

Von Liza Papazoglou

			
Bezahlbares Wohnen wird in der Schweiz zunehmend zum Problem, vor allem in den Zentren. Welches sind die Rezepte Ihrer Partei gegen die Wohnungsnot?	Bezahlbarer Wohnraum geht mit Durchmischung und gesellschaftlichem Zusammenhalt in unserem Land Hand in Hand. Trotz Tiefzinsen stiegen in den vergangenen Jahren aber die Mieten. Mit den nun wieder steigenden Zinsen und der Teuerung nimmt der Handlungsbedarf erst recht zu. Für bezahlbares Wohnen in Städten und Agglomerationen müssen daher die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus deutlich intensiviert und das Mietrecht verstärkt werden. Dazu gehören die Kontrolle der Anfangsmieten, die Formularpflicht, um die Vormiete transparent zu machen, und ein besserer Kündigungsschutz. Denn von der Erhöhung der Mieten sind vor allem jene betroffen, die die Wohnung wechseln, weil die Angebotsmieten stärker steigen als die Bestandsmieten.	Bezahlbares Wohnen ist seit jeher ein Problem in der Schweiz. Bereits im 19. Jahrhundert gab es Wohnungsnot und zu hohe Mieten. Deshalb hat die SP den Mieterinnen- und Mieterverband sowie die ersten Wohnbaugenossenschaften mitgegründet. Seit Jahrzehnten verfolgt die SP auf allen Staatsebenen eine Wohnpolitik, die auf zwei Säulen beruht. Erstens: Die Durchsetzung einer Kostenmiete mit einer beschränkten Renditemöglichkeit. Zweitens: Die Expansion gemeinnütziger Wohnbauträger, die ohne Renditeabsicht der Kostenmiete verpflichtet sind. Fakt ist: Die Wohnkosten sind mit Abstand der grösste Posten im Haushaltsbudget, die übersetzten Renditen von über zehn Milliarden Franken sind jedes Jahr der Kaufkraftkiller Nummer eins.	Die Grünliberalen möchten eine hohe Wohnqualität in einer Schweiz mit kurzen Wegen zwischen Leben und Arbeit sowie guter Erreichbarkeit von Natur- und Erholungsräumen. Dafür braucht es: Eine aktive Raumplanung: Die Raum- und Siedlungsplanung muss aktiver und gestalterischer werden. Sie darf kein kurzichtiges Reagieren auf äussere Umstände sein. Höhere Wohnflächeneffizienz: Dem wachsenden Wohnflächenkonsum der Bevölkerung muss unter Wahrung der Wohnqualität entgegengewirkt werden. Es braucht Anreize in der Zonenplanung und häufiger ein Bauen in die Höhe, wo städtebaulich sinnvoll. Einfachere und schnellere Verfahren: Bauvorschriften sollten schweizweit harmonisiert sowie unrealistische abgeschafft werden. Die Bewilligungsverfahren müssen digitalisiert werden. Bedarfsgerechten Wohnraum: Der gemeinnützige Wohnungsbau ist ein wirksames Lenkungsinstrument im Immobilienmarkt und schafft wohnflächeneffizienten Wohnraum. Auch braucht es bedürfnisgerechte Alternativen für ältere Menschen.
Mit welchen konkreten Vorstössen, Initiativen oder sonstigen Massnahmen hat sich Ihre Partei in dieser Legislatur wohnpolitisch engagiert?	Die Grünen haben in dieser Legislatur zahlreiche Vorstösse für umweltfreundlicheres Wohnen und mehr bezahlbare Wohnungen eingereicht. Energetische Sanierungen sollen nicht zu mehr teurem Wohnraum führen. Daher haben die Grünen sich für das Klimaschutzgesetz engagiert und mit der SP die Klimafonds-Initiative lanciert, dank der mehr öffentliche Mittel in die klimagerechte Sanierung des Gebäudeparks fliessen sollen (Isolierung, Heizungersatz, Photovoltaik auf Dächern und Fassaden etc.). Das entlastet Eigentümer:innen und Mieter:innen. Um den gemeinnützigen Wohnungsbau zu stärken, haben die Grünen zudem vorgeschlagen, eine eidgenössische Grundstückgewinnsteuer einzuführen, deren Einnahmen zu Gunsten des preisgünstigen Wohnungsbaus verwendet werden sollen (Motion 23.3792).	Neben konkret geforderten Massnahmen wie einem Mietpreismoratorium, Mietpreiskontrollen oder einem Vorkaufsrecht für Gemeinden und Kantone unter anderem für Liegenschaften der bundeseigenen Betriebe konnte dank der SP der Rahmenkredit für Bürgschaften in der Wohnraumförderung in Höhe von 1,7 Milliarden Franken erneuert werden. Der Kredit ergänzt den ebenfalls von der SP unterstützten Fonds de Roulement, aus welchem gemeinnützigen Bauträgern zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen gewährt werden. Auch auf kantonaler und kommunaler Ebene hat die SP zahlreiche Vorstösse und Initiativen zur Expansion der gemeinnützigen Wohnbauträger eingereicht, so etwa im Kanton Zürich (Vorkaufsrecht der Gemeinden für Grundstücke und Immobilien) oder in Luzern (Verbot von Airbnb).	Die wohnpolitischen Herausforderungen müssen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene angegangen werden. Auf nationaler Ebene haben in dieser Legislatur insbesondere zwei Vorstösse der GLP Früchte getragen, die den Wohnungsbau vereinfachen: Heute führen Behörden und Interessensverbände laufend eigene technische Normen und Vollzugshilfen ein, die das Bauen verzögern und verhindern. Der Bundesrat hat 2022 in seiner Antwort auf das Postulat 19.3894 von GLP-Nationalrat Beat Flach verschiedene Lösungsansätze geprüft, die den «Wildwuchs und den Wirrwarr bei den Regeln der Baukunde beenden» können. Baubewilligungen sind auch mit grossen Kosten verbunden. Schon alleine im Notariatswesen könnten die hohen Gebühren für Beurkundungen und Beglaubigungen deutlich reduziert werden. Im Postulat 20.3879 fordert GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy, dass der Bundesrat den Nutzen einer Liberalisierung des Notariatswesens für die Wirtschaft und die Bevölkerung aufzeigt.



Wir müssen einfaches Bauen wieder ermöglichen. Das bedeutet zum Beispiel Einspracheverfahren oder allgemein Bewilligungsverfahren zu beschleunigen. Zudem müssen wir die Sanierungsquote erhöhen und in diesem Zusammenhang Wohnungen den neuen Bedürfnissen der Menschen anpassen können.



Bauen muss wieder attraktiver werden. Neubauten, Sanierungen von in die Jahre gekommenem Wohnraum mit Aufstockung / Verdichtung, die Umwandlung von nicht mehr benötigtem Büro- und Gewerbe- in Wohnraum, all das muss vereinfacht und erleichtert werden. Kurzum: Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften!



Primär führt die masslose Zuwanderung zur aktuellen Wohnungsknappheit. Die Bevölkerung der Schweiz ist seit dem Jahr 2000 um 1,5 Millionen Menschen gewachsen. Allein 2022 kamen über 180 000 Personen zusätzlich in unser Land. Sie alle benötigen Wohnraum, wollen mobil sein, schicken ihre Kinder zur Schule, benötigen Ärzte, Spitäler, Pflegekräfte und vieles mehr. Das Resultat: Der Fachkräftemangel nimmt zu, die Gesundheitskosten explodieren, der ÖV ist verstopft, auf den Strassen staut sich der Verkehr, das Niveau an unseren Schulen sinkt und bezahlbare Wohnungen sind kaum mehr zu finden. Zur Stabilisierung des Schweizer Wohnungsmarktes ist die Begrenzung der Zuwanderung unumgänglich.

Die Vertreter der Mitte engagierten sich wohnpolitisch mit verschiedenen Vorstössen im Parlament. Dazu gehört beispielsweise die Beschränkung von Einsprachen, zu denen Philipp Matthias Bregy bereits 2019 einen Vorstoss eingereicht hat und der sich auf gutem Wege befindet (Parlamentarische Initiative 19.409). Hier geht es um eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechtes für kleinere Einzelprojekte. Weiter braucht es bei der Raumplanung nicht nur klare Regeln, sondern auch eine Prioritätenliste für Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte, damit Projekte von übergeordneter Bedeutung priorisiert werden können. Auch hierzu haben wir diesen Frühling einen Vorstoss eingereicht (Motion 23.3341). Die Wohnungsnot nimmt nicht nur in den Städten zu, sondern auch in Land- und Tourismusregionen. Hier müssen wir prüfen, wie wir mit der Umgestaltung des Zweitwohnungs-gesetzes die Situation verbessern könnten. Hierzu hat Martin Candinas bereits 2020 einen Vorstoss lanciert (Parlamentarische Initiative 20.456).

Ständerat Damian Müller hat die Problematik bereits im Herbst 2022 erkannt und zwei Vorstösse eingereicht, die vom Bundesrat Analysen und mögliche Massnahmen zur Wohnungsknappheit fordern (Postulate 22.4289 und 22.4290). Beide Postulate wurden im März vom Ständerat angenommen. Auch Ständerat Matthias Michel hat einen Vorstoss eingereicht, in dem er eine Vereinfachung für eine verstärkte Verdichtung fordert (Motion 23.3672).

In erster Linie ist der bestehende Verfassungsauftrag umzusetzen und die masslose Zuwanderung zu begrenzen. Der Schweizer Mietmarkt gehört zwar zu den am besten funktionierenden weltweit. Der freie Markt wird jedoch durch die Überregulierung im Mietrecht zunehmend eingeschränkt. Das Mietrecht ist darum zu vereinfachen und es sind Anreize für private Investitionen in den Wohnungsbau zu schaffen. Hier setzt sich die SVP für gute Rahmenbedingungen ein. Konkret lehnt die SVP zusätzliche Verbote und Vorschriften wie die Solarpflicht auf allen Dächern oder den Zwang zu teuren Haussanierungen oder zum Ersatz von Öl-Heizungen entschieden ab. Solche Vorschriften verteuern den Wohnungsbau massiv und führen zu explodierenden Mietpreisen oder dazu, dass weniger Wohnungen gebaut werden.

			
Wie beurteilt Ihre Partei die Rolle von Wohnbaugenossenschaften bei der Wohnraumversorgung in der Schweiz?	Die Grünen sehen in den Wohnbaugenossenschaften einen zentralen Pfeiler der «Wohnlandschaft Schweiz». Durch den Verzicht auf die private Aneignung von Gewinnen können die Wohnbaugenossenschaften eine grosse Zahl bezahlbarer Wohnungen anbieten. Viele Genossenschaften investieren zudem in Bauten von hoher Qualität und in eine sparsame und effiziente Energieversorgung. Durch die Beteiligung der Genossenschaftler:innen werden das Zusammenleben und die Solidarität gefördert. Auch vom ökologischen Gesichtspunkt her sind Wohnbaugenossenschaften vorteilhaft. Sie verfügen oft über Belegungsvorschriften und entwickeln innovative platzsparende Wohnformen, zum Beispiel mit Gemeinschaftsräumen oder Mehrgenerationensiedlungen mit der Möglichkeit, die Wohnung mit einer Familie zu tauschen, wenn die eigenen Kinder ausgezogen sind. Dies reduziert den Flächenbedarf pro Kopf und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verkleinerung des ökologischen Fussabdrucks.	Der Marktanteil der gemeinnützigen Wohnbauträger stagniert seit langem bei knapp fünf Prozent. Das ist ebenso inakzeptabel wie verfassungswidrig (Art. 108 BV). Die SP setzt sich seit jeher für die Expansion von gemeinnützigem Wohnbau durch Wohnbaugenossenschaften ein. Dazu braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Zonen für gemeinnützigen Wohnbau. Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden soll ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden. Seit einigen Jahren treten die Wohnbaugenossenschaften in verschiedenen Kantonen und auch beim Bund deutlich aktiver und selbstbewusster auf – nicht zuletzt, weil sie sich ihrer enormen volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung wieder stärker bewusst werden. Dies begrüsst und unterstützt die SP sehr.	Wohnbaugenossenschaften können als Element des gemeinnützigen Wohnungsbaus die übrigen privaten Akteur:innen im Immobilienmarkt gezielt ergänzen. Gemeinnützige Wohnbauträger:innen verpflichten sich zur Kostenmiete, verzichten auf Gewinnabschöpfung zu Gunsten von Rückstellungen und haben einen sparsamen Bodenverbrauch durch Anlagekostenlimiten. Sie garantieren damit den qualitativen Erhalt für künftige Generationen und investieren in langfristige Preisstabilität und Qualitätserhalt. Zusätzlich verfügt die grosse Mehrheit von gemeinnützigen Wohnbauträger:innen richtigerweise über Reglemente mit Mindestbelegungen und Einkommenslimiten. Auch wird in innovative Wohnkonzepte zur Steigerung der Wohnflächeneffizienz und Verbesserung der sozialen Kohäsion investiert. Gemeinnützige Wohnbauträger:innen sind dabei wettbewerbsfähig und ermöglichen wertvollen Wohnraum zu angemessenen Preisen und Nachbarschaften mit einem höheren gesellschaftlichen Zusammenhalt.
Der Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz will den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen von heute fünf Prozent auf zehn Prozent verdoppeln. Unterstützen Sie diese Forderung und wenn ja, welche Massnahmen erachten Sie als zielführend?	Die Grünen unterstützen diese Forderung. Zudem muss der Bund allgemein aktiver in der Wohnbauförderung werden. Konkret soll er mit Direktdarlehen den Bau preisgünstiger Wohnungen und die Sanierung bestehender Wohnungen fördern und kontrollieren. Zudem soll er gemeinnützigen Wohnbauträgern Landreserven von SBB, Armasuisse und anderen bundesnahen Betrieben günstig zur Verfügung stellen. Im Raumplanungsgesetz sollen planerische Auflagen für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den Städten und Agglomerationen festgeschrieben werden. Darunter fallen auch Mindestquoten für gemeinnützige Wohnbauträger sowie ein Vorkaufsrecht für Gemeinden, damit diese Land im Baurecht zur Verfügung stellen.	Die SP unterstützt diese Forderung und setzt sich seit jeher dafür ein, dass mehr Wohnungen der Renditeorientierung entzogen werden und es mehr gemeinnützigen Wohnraum gibt. Immer mehr Mietwohnungen sind in den letzten 15 Jahren ins Eigentum von Immobilienkonzernen übergegangen. Oft handelt es sich dabei um börsennotierte Gesellschaften oder Fonds, die seit der Lockerung der Lex Koller (2005) im Eigentum von globalen Investmentbanken sind. Damit konkurriert zu viel Kapital um den knappen Boden, was Immobilien und damit auch Mieten massiv verteuert. Eine Verschärfung der Lex Koller – respektive ein Rückgängigmachen der bisherigen Lockerungen – wäre geeignet, um der Überkapitalisierung des Marktes entgegenzuwirken. Auch eine Beschränkung von Immobilienbesitz im Eigentum von Pensionskassen ist zu erwägen. Schliesslich gilt es, Wohnbaugenossenschaften als dritten Weg zu etablieren: Gemeinnützige Wohnungen bieten faktisch die Möglichkeit, via Genossenschaftsanteilscheine auch Wohnraum zu erwerben.	Die öffentliche Hand muss den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker fördern und bewusst als Mittel verwenden, um hochwertigen Siedlungsraum für alle zu schaffen. Die Ziele und die dafür verwendeten Massnahmen müssen aber unbedingt der jeweiligen Situation vor Ort Rechnung tragen. Das Angebot muss den Bedürfnissen der Lokalbevölkerung entsprechen, und zwar der breiten Gesellschaft. Also nicht nur Hochverdienenden und sozial Schwächeren, sondern auch dem Mittelstand. Ohne gemeinnützigen Wohnungsbau wird es schwierig, genügend hochwertigen und verdichteten Wohnraum an zentralen Lagen zur Verfügung zu stellen. Diverse Massnahmen und Rahmenbedingungen können den nötigen Anreiz für gemeinnützigen Wohnungsbau schaffen. So könnten Sondernutzungsplanungen Bauprojekten eine höhere Dichte zugestehen, wenn die Qualität gesichert ist und zum Beispiel fünfzig bis siebzig Prozent der neu geschaffenen Wohnungen zur Kostenmiete abgegeben werden.



Wohnbaugenossenschaften übernehmen in der Schweiz eine wichtige Rolle bei der Wohnraumversorgung, insbesondere in Städten und Agglomerationen, wo die Wohnungsknappheit besonders stark ist. Wohnbaugenossenschaften übernehmen damit eine wichtige sozialpolitische Aufgabe, was Die Mitte unterstützt. Aus ihrer Sicht ist es deshalb wichtig, dass sich das Wohnungsangebot der Wohnbaugenossenschaften vorwiegend auf sozial schwächere Personen und Familien ausrichtet.

Für Die Mitte ist ein ausreichendes und zugleich bezahlbares Wohnungsangebot für alle in der Schweiz zentral. Daher müssen wir den Bau neuer Wohnungen ermöglichen, etwa durch die Beschleunigung von Baubewilligungs- und Einspruchsverfahren oder durch Verdichtung. Auch soll ein Teil der neuen Wohnungen genossenschaftlich genutzt und der Ausbau gemeinnütziger Wohnungen insbesondere dort gestärkt werden, wo es am dringendsten notwendig ist. Dies muss vorwiegend Aufgabe der Kantone und Gemeinden sein. Die Unterstützung des Bundes durch Bürgschaften oder zinsgünstige Kredite aus dem Fonds du Roulement muss weiter bestehen und darf nicht gekürzt werden. Auch Vorkaufsrechte können ein Mittel gegen die Wohnungsknappheit sein. Die Kantone können diese bereits heute einführen. Allerdings brauchen Kantone und Gemeinden für deren Ausübung auch die finanziellen Mittel dafür. Ein anderes, für die öffentliche Hand «kostengünstigeres» Mittel könnten Auflagen an private Bauträger sein, bei einem Wohnbauprojekt einen Teil der Wohnungen preisgünstig anzubieten und nur an sozial schwächere Personen und Familien zu vermieten.



Wohnbaugenossenschaften haben ihre Berechtigung, allerdings sind es primär private Investoren als Einzelpersonen und Unternehmen, die Wohnraum schaffen. Wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen für den Bau von Wohnungen grundsätzlich verbessert werden. Davon profitieren auch Wohnbaugenossenschaften.

Eine einseitige Förderung von Wohnbaugenossenschaften ist nicht zielführend und entschärft die Wohnungsknappheit nicht. Für die FDP steht eine Gleichbehandlung aller Akteure auf dem Wohnungsbaumarkt im Vordergrund.



Wohnbaugenossenschaften sind einer von verschiedenen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt. Die SVP befürwortet private Initiativen, lehnt jedoch Subventionen und noch mehr staatliche Eingriffe ins Eigentumsrecht ab.

Ja, sofern dieser Ausbau von privater Seite erfolgt und finanziert wird.

Was sind in Sachen Wohnungspolitik die grössten Herausforderungen der anstehenden Legislatur, und wie geht Ihre Partei diese an?	 Die grosse Herausforderung der Wohnungspolitik sind angesichts der Zins- und Preissteigerungen jetzt erst recht genügend bezahlbare Wohnungen. Dazu kommt die Klimakrise als grösste Herausforderung dieses Jahrhunderts, der wir mit klimaneutralem und klimaan-gepasstem Wohnen und Bauen begegnen müssen. Wohnbaugenossenschaften und weitere gemeinnützige Wohneigentümerschaften nehmen dabei eine wichtige Funktion ein, weil sie zahlbare Mieten und eine effiziente Raumausnutzung garantieren und die Spekulation mit Immobilien bremsen. Für den Klimaschutz müssen rasch Wohnungen energetisch saniert und fossile Heizungen mit CO₂-neutralen Alternativen ersetzt werden. Dazu muss die öffentliche Hand mehr Mittel zur Verfügung stellen, wie dies die Klimafonds-Initiative verlangt. Und energetische Sanierungen, die durch öffentliche Gelder unterstützt werden, sind an die Bedingung zu knüpfen, dass sie nicht zu teurem Wohnraum führen.	 Die SP setzt sich vehement für eine sozial gerechte Wohnungspolitik ein. Im Parlament sind mehrere Vorstösse hängig, die eine höhere Mietrendite ermöglichen. Die SP wird Referenden dagegen unterstützen. Zurzeit ist der parlamentarische Weg auf Bundesebene für eine sozial gerechte Wohnungspolitik (Aufstockung Fonds de Roulement oder Vorkaufrecht für SBB- und Post-Immobilien durch öffentliche Hand) blockiert. Deshalb wird die SP die geplante Volksinitiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes gegen überhöhte Mieten und Renditen unterstützen. Weiter wird die SP ihren Einsatz für eine Expansion des gemeinnützigen Wohnbaus auf kantonaler und kommunaler Ebene verstärken. Herausfordernd bleibt, den gemeinnützigen Wohnbau als wirtschaftspolitischen und nicht bloss sozialpolitischen Pfeiler zu verorten. Fakt ist: Die Expansion von selbstbewohntem Eigentum durch gemeinnützige Wohnbauträger ist das beste Mittel gegen die missbräuchlichen Mietzinsen beziehungsweise übersetzten Renditen. Es gilt, diesen milliarden schweren Kaufkraftkillern den Riegel zu schieben.	 Heute entsteht zu wenig und vor allem ineffizienter Wohnraum, um die Nachfrage an zentralen Standorten zu decken. Das führt zu Zersiedelung ausserhalb der Ballungsräume, zu steigenden Wohnkosten, längeren Reisewegen und einer schlechteren Lebensqualität. Nichts wäre zwar einfacher, als Grünflächen mit Betonblöcken zu überbauen. Doch damit ist langfristig niemandem geholfen. Die Herausforderung ist, die geeigneten Rahmenbedingungen für nachhaltigen und bedürfnisorientierten Wohnraum zu schaffen. Für die Grünliberalen führt kein Weg daran vorbei, parteiübergreifend an zukunftsfähigen Lösungen zu arbeiten. Es braucht aber den Mut, auf schädliche Schnellschüsse zu verzichten. Und es braucht Zeit, bis die Massnahmen greifen und neuer Wohnraum entsteht. Doch dafür ist er lebenswert, heute und morgen.
--	--	--	--

Aneziqe

Vorteilhaft finanzieren mit einer hbg Bürgschaft!

Als Gemeinnütziger Wohnbauträger profitieren Sie bei Ihrer Bankfinanzierung deutlich von einer hbg Bürgschaft: Belehnungen bis 90% der Anlagekosten, günstigere Konditionen, Kombination mit weiteren Fördermitteln.

Wir beraten Sie gerne.

Geschäftsstelle: c/o Zürcher Kantonalbank, Bahnhofstrasse 9, 8001 Zürich, Telefon 044 292 63 21

Hypothekar-
Bürgschaftsgenossenschaft **cch**
hbg Société coopérative de
cautionnement hypothécaire
www.hbg-cch.ch



Wir müssen das Angebot in der Schweiz erhöhen, damit Wohnraum bezahlbar bleibt. Dazu müssen wir ermöglichen, dass wieder einfacher gebaut werden kann, was zu den Antworten von Frage eins und zwei führt.



Die FDP setzt sich dafür ein, dass mehr Wohnungen ermöglicht werden. Dafür braucht es eine Flexibilisierung der Lärmschutzvorschriften, Lockerungen beim Denkmalschutz, Beschleunigung von Baubewilligungen, eine Erhöhung der Ausnützungsziffer und Anpassungen im Raumplanungsgesetz.

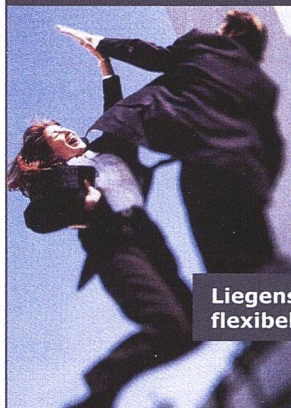


Nicht nur auf dem Wohnungsmarkt – auch generell ist die masslose Zuwanderung ursächlich für fast alle Probleme, mit denen die Schweiz derzeit konfrontiert ist. Der Weg aus dieser Negativspirale ist die eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Um dies zu erreichen, hat die SVP kürzlich die Nachhaltigkeitsinitiative lanciert.

* Die Umfrage fand im Sommer 2023 statt. Die Aussagen sind ungekürzt abgedruckt und geben einzig die Parteimeinungen wieder. Sie decken sich nicht zwingend mit der Meinung der Redaktion.

Aneziqe

MOR ! LIVIS - die intelligente IT-Lösung für Baugenossenschaften



**Liegenschaftsverwaltung
flexibel und umfassend**

- Liegenschaftsbuchhaltung
- Miete, Mietzinsänderungen
- Nebenkostenabrechnungen
- Vertragswesen, Korrespondenz
- Verwaltungskosten, Kreditoren, Lohn

- Anteilscheinkapital, Depositenkasse
- Portfolio, Budgetierung
- Technische Objektverwaltung
- Bauabrechnung
- Internetmarktplätze

MOR ! OFFICE – Dokumentenverwaltung, Archiv

Alle Applikationen auch als ASP-Anwendung für standortunabhängiges Arbeiten übers Internet

MOR Informatik AG, Rotbuchstrasse 44, 8037 Zürich, www.mor.ch, info@mor.ch, 044 360 85 85